

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haerlstein & Bogler, G. L. Daube, Invalidebant. Berlin Bernh. Ambt, Max Gerstmann, Hamburg W. Thienes, Halle a. S. Jul. Bard & Co, Hamburg William Wilkens, In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Es ist wohl noch in der Erinnerung, daß vor nicht langer Zeit sehr traurige Berichte über den Mißtransport der spanischen Truppen aus Cuba durch die Presse liefen. Nach diesen Berichten hatten die spanischen Transportdampfer auf der Ueberfahrt ganz ungeheure Verluste, und es wurden Dampfer genannt, die auf 1200 Soldaten 60 bis 70 Tote gehabt hatten. Dieser erschreckende Menschenverlust, daneben wohl aber auch die Unmöglichkeit, die spanische Armee in der erforderlichen kurzen Zeit nach dem Vaterlande auf spanischen Schiffen zurückzubringen, haben dann die spanische Regierung veranlaßt, wegen des Mißtransportes mit dem Norddeutschen Lloyd zu verhandeln, der seine Dampfer „Berra“, „Silba“ (diese beiden Schiffe zu je zwei Transporten), „Stuttgart“, „München“, „Darmstadt“, „Habsburg“, „Gms.“ und „Dresden“ zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte. Die jetzt über diese Reisen — mit Ausnahme der beiden letztgenannten Dampfer — vorliegenden Meldungen und dazu angethan, vom rein menschlichen Standpunkte mit großer Verriedigung zu erfüllen; sie stellen aber außerdem auch unsern deutschen Dampfern, ihren Führern und ihrer Besatzung ein ungemein vortheilhaftes Zeugnis aus, denn nur durch die größte Fürsorge und musterhafte Ordnung im Dienste ist es zu erklären, daß die auf deutschen Dampfern transportirten Truppen so gut wie keine Verluste aufzuweisen haben. Es ist das um so anerkennenswerther, als die Schiffe voll und übervoll beladen waren und durchschnittlich 2200 Soldaten führten. Den größten Transport brachte die auch schon wiederholt zum Transport deutscher Truppen nach China gebrauchte „Darmstadt“ mit 168 Offizieren, 130 Unteroffizieren, 2367 Soldaten, im Ganzen 2665 Mann, wobei die deutsche Besatzung des Schiffes natürlich nicht mitgerechnet ist. Im Ganzen wurden von den genannten Schiffen transportirt 1454 Offiziere, 877 Unteroffiziere, 15 720 Soldaten, zusammen 18 211 Offiziere. Durch die beiden hier noch nicht in Betracht

einen Doppelpgänger hätte", und der 1897 sich weigerte, an den neuen Gutachten theilzunehmen, wenn man ihm nicht auch Schriftproben von der Hand Gethazys als Vergleichsmaterial gebe, soll nicht nur jüngsthin von der Strafkammer, sondern auch mehreren Bekannten gegenüber erklärt haben: "Ich habe niemals auf Unfehlbarkeit Anspruch gemacht. Man hat mir 1894 gewisse Dokumente gezeigt, über die ich mein Gutachten abgab. Wenn man mir neue Dokumente zeigt, und wenn diese mein erstes Urtheil umstößen, so werde ich nicht anstehen, meinen Irrthum zuzugeben. Heute erkläre ich auf Ehre und Gewissen, daß ich meine Konklusionen von 1894 nicht mehr aufrechterhalte, und daß ich erst nach einer neuen Prüfung sie bestätigen oder entkräften könnte." Der "Siecle" führt ferner Gesebesterte an, die sich auf die Eideidung der Schriftsachverständigen vor Gericht beziehen. Daraus gelangt er zu der Schlussfolgerung, daß nicht nur das Gutachten von 1894 null und nichtig ist, weil die Sachverständigen Charabon, Pelletier und Tessonnieres, denen noch Vertillon beigeistellt wurde, vor dem Kriegsgericht nicht verurtheilt wurden, sondern daß schon deshalb das Urtheil des Kriegsgerichts null und nichtig wäre, wenn es nicht schon wegen der Mittheilung der Dokumente, von denen der Angeklagte und seine Vertheidiger nichts wußten, diesen Charakter hätte. Folglich ist das Urtheil nach dem "Siecle" zweimal nullfällig.

In Paris wächst die Ueberzeugung, der Kammerauschuß werde die Ablehnung des Regierungsantrags beschließen, daher mehrten sich die heftigen Angriffe der Antijemiten gegen die Kommission.

Die Kriminalkammer des Kassationshofes vernahm gestern den General Roger.

Die als Zeugen vernommenen Professoren Meyer, Givv und Wolstnir theilten einem Medizinalrath des „Temps“ mit, sie hätten vor der Kriminalkammer des Stationshofes auf Grund des Original-Vorderaus auf das entschiedenste erklärt, daß das Vorderau von der Hand Esterhazys herrühre und daß die Hypothese, es wäre ein Durchpausen erfolgt, haltlos sei.

Der Kaiser nahm gestern Abend an dem Mahl theil, das der Oberpräsident Dr. v. Achenbach den Mitgliedern des Provinziallandtages der Provinz Brandenburg gab. Nachdem Oberpräsident v. Achenbach den Dank der Verammelten für das Erscheinen des Kaisers zum Ausdruck gebracht und mit einem beglückwünschenden Hoch auf den Monarchen geschlossen hatte, erwiderte der Kaiser in längerer Ansprache die Führung und knüpfte daran ein Hoch auf die Mark Brandenburg. Erst gegen 11 Uhr war das Fest beendet. — Dem Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht in Celle, **Virkk. Geheimen Oberjustizrath Dr. Meyer**, ist die nachgegebene Entlassung mit Pension ertheilt worden. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige **Oberlandesgerichts Rath v. Riden** ernannt worden, der ebenfalls bereits im hannoverschen Dienste, zuletzt als Auditor in Eibenburg, gestanden hat. — Zur **Eröffnung des neu erbauten Wiener Rathsfellers**, am Sonnabend, den 11. Februar c., hat der Bürgermeister von Wien, Dr. Unger, dem Berliner Magistrat eine Einladung zur Theilnahme zugesagt lassen. Das Magistratskollegium hat indeß beschlossen, die Theilnahme abzulehnen. In Betreff des Thüringer **Bismarck-Denkmals** ist soeben ein Schritt gemacht, der die Aussicht auf eine Verwirklichung der theilsigen Kreise eröffnet. Auf die vom dem Ortsausschuß zu Jena ergangene Anregung hinsichtlich der in Weimar gebildete Ausschuss damit einverstanden erklärt, daß die Vertreter der Anwohner schäfte oder Stadtverwaltungen von Gotha, Erfurt und Weimar in Gemeinschaft mit der Vertretung des Jenae Ausschusses eine Einladung zu einer Städteversammlung in Erfurt zur Besprechung der Angelegenheit erlassen, zu der auch der Hauptvorstand des Thüringer Waldersteins eingeladen werden soll. — Eine ganz **eigenthümliche Bismarck-Feierng** wird nur den verstorbenen Reichszkanzler im Gebiete der sächsischen Schweiz geplant. Der „**Vien. Anz.**“ theilt darüber mit, daß an einem Felsen des Schrammstein bezw. Winterberg-Gebirges ein lebensgroßes Medallion-Porträt Bismarcks, dessen Ausführung einem namhaften Künstler übergeben werden wird, eingehauen werden soll. Die Kosten für dieses hoch in den Lufte geplante Bismarck-Denkmal soll durch freiwillige Beiträge einzelner Bismarck-Berecher sowie durch Zuschüsse verschiedener Gemeinden in der sächsischen Schweiz aufgebracht

Während die für die Revision des Dreyfus-Prozesses eintretenden Blätter mit aller Bestimmtheit versichern, daß die von der Kriminalkammer des Kassationshofes geführte Untersuchung die völlige Schuldllosigkeit des Kapitäns Dreyfus ergeben habe, vermögen auch die neu-boulangeristischen Organe nur auf angebliche Unregelmäßigkeiten im Verfehr der Richter mit dem Obersten Biquart hinzuweisen. Dieser ist vor dem Kassationshofe lediglich als Zeuge vernommen worden, und der Groll der Neuboulangeristen muß zum Theil auch daran zurückgeführt werden, daß Biquart bis anheute der höchst verdächtige Militärjurist entzogen worden ist. Die Schuld der französischen Regierung, die in leichtfertiger Weise die zuständigen Richter der Revisionsangelegenheiten entzogen wissen will, wird also dadurch noch erhöht, daß Dreyfus, dessen Unschuld vor der Kriminalkammer des Kassationshofes erwiesen gilt, nunmehr noch sehr viel längere Zeit auf der Feuzelsinsel verbleiben muß. Auch läßt sich bei der Schwäche der Regierung vorhersehen, daß, falls der gesamte Kassationshof zu demselben Ergebnisse wie die Kriminalkammer gelangen sollte, die Anhänger des großen Generalstabes neue Verögerungsmittel auffinden werden. Dann läßt sich wohl die Deputiertenkammer bestimmen, sich selbst als Untersuchungsausschuß zu konstituiren. Wesentlich für die Verurtheilung des Kapitäns Dreyfus waren die Angaben der Schreibkavaliershändigen. Der Schriftführerständige Charabay, der im Jahr 1894 d. Schrift des Bordenave für identisch mit demjenigen Dreyfus hielt, es sei denn, daß dieser

zien haben, welche sonst auf agrarischen Boden stehen, die Initiative in wirtschaftlichen Dingen der kleinen Agrariergruppe zu überlassen, hat sich schon bei der Bildung der Wirtschaftlichen Vereinigung herausgestellt, die bis jetzt immer noch ein frommer Wunsch der Herren v. Wangenheim, Sahn und Hertel geblieben ist. Da Herr Sahn auch bei den Vortragspredigten über die Reichsbankfrage das große Wort führte, so drang bald die Ueberzeugung durch, daß es mit der Stellung der Parteien nicht vereinbar wäre, wenn man zuließe, daß über deren Köpfe hinweg wirtschaftliche Vorschläge von höchster Bedeutung gemacht würden. Zuerst war es das Zentrum, welches den Versuch der Bildung einer wirtschaftlichen Vereinigung zurückwies und dann erkannten auch die Nationalliberalen und selbst die Konservativen, daß man einen schweren politischen und wirtschaftlichen Fessler begeben würde, wenn man den Forderungen der Herren Sahn und Genossen folgte und die Grundlagen der Reichsbank errichtete. Die Nationalliberalen werden an dem Entwurfe, wie er dem Reichstage vorgelegt ist, festhalten und sich nicht auf phantastische Pläne einlassen. Auch die Konservativen lehnen eine weitgehende Organisationsänderung der Reichsbank ab und werden höchstens auf eine Uebernahme der Summe, um welche das Grundkapital erhöht werden soll, auf das Reich eingehen. Soweit scheinen die Aussichten des Reichsbankgesetzes gegenwärtig besser zu sein, als es noch vor einigen Tagen der Fall war.

— Wie der Kriegsminister, Herr von Gohler, in der Budgetkommission des Reichstages mittheilte, ist die Neigung zum Spiel in Offizierskreisen in der letzten Zeit erheblich abgeschwächt. In den Offizierskasinos wird fast gar nicht gespielt und wenn sich gegen die bestehenden sehr strengen Vorschriften vergeht, wird von Sr. Majestät dem Kaiser scharf bestraft, ohne daß auf die Familie Rücksicht genommen wird. Zu beklagen ist aber, daß den Offizieren oft geradezu schamlose Anerbietungen, um sie zum Spiele zu verleiten, gemacht werden. Diese Verführungskünste werden so arg getrieben, daß selbst aus dem Auslande mit Geld versehene Frauenzimmer in unsere Garnisonen geschickt werden, um die Offiziere zum Spiele zu verlocken. Leider läßt das Strafgesetzbuch die Militärbehörde in dem Kampfe gegen diese Künste im Stich. Es wird aber, wie Herr von Gohler noch mittheilte, am maßgebender Stelle in Erwägung gezogen, wie man den Gelbanbietungen an Offiziere entgegenwirken könne und ob es sich nicht empfehle, die Angelegenheit für jeden einzelnen derartigen Fall einzuführen. Der konservative Abgeordnete Graf Moos forderte eine besonders strenge Aufsicht für Hannover, wo schon zahlreiche brave Offiziere der Verleitung zum Glücksspiele zum Opfer gefallen sind; der Herr Kriegsminister erklärte, daß im Hannoverischen Reittinstitute der Dienst neuerdings so vermehrt worden sei, daß die Offiziere so leicht nicht mehr Zeit und Lust zum Spiel haben würden. Auf eine Anregung des Abgeordneten Groeber soll fortan auf den Kriegsschulen eine eingehende Belehrung über die Gefahren des Glücksspiels und die Natur der Gelbanbietungen erteilt werden.

— Die „Berl. Corr.“ schreibt: Die angelegte Weigerung Preußens, die Kleinbahn Dünnungen—Dellingn künftig weiter zu führen zum Anschlusse an die Staatsbahn Hannover—Kreienjen, hat nach Preßberichten, die es scheint, zu einer energischen Erörterung in der Finanzkommission des braunschweigischen Landtags Anlaß gegeben. Von einer solchen Weigerung ist in maßgebenden Kreisen hier nichts bekannt. Vielmehr hat sich bereits im Jahre 1895 die preussische Regierung mit der Herstellung einer Kleinbahn von Volldagen über Dünnungen durch braunschweigisches Gebiet bis nach Wispenfein an der Staatsbahnstrecke Hannover—Kreienjen im Allgemeinen einverstanden erklärt. Auch die in den folgenden Jahren aufgetauchten verschiedenen Projekte von privaten Kleinbahnunternehmern zur Verbindung von Dünnungen (Einfahrt) im Betriebe befindlicher Kleinbahn Volldagen—Dünnungen) oder von Dellingn (in Braunschweig) mit Grämlan, Wispenfein und Alfeld sind, wie in Braunschweig bekannt sein muß, nicht an dem Widerpruche Preußens gescheitert. Jene Projekte wurden von der An-

teressenten vorläufig aufgegeben und zunächst nur noch der Antrag auf Freigabe einer Schienenverbindung in Fortsetzung der genannten Kleinbahn über Duingen hinaus in das braunschweigische Gebiet bis Delligen bei beiden Regierungen aufrechterhalten. Verzüglich über dies eingehende schärfte Projekt hatte schließlich die preussische Regierung zu befinden. Sie hat sich dem Antrage entsprechend, mit der Genehmigung der Kleinbahn innerhalb des preussischen Gebiets einverstanden erklärt. Daß diese Genehmigung sich nicht ohne Weiteres auf den Fall einer Erweiterung oder Fortsetzung dieser Bahn beziehen kann, ergibt sich aus der ausdrücklichen Vorchrift des § 2 des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892; eine erneute Prüfung muß für jede derartige Fortsetzung erfolgen. Es ist ferner eine Prüfung auch darüber vorzunehmen, ob die Genehmigung der preussischen Reichsreg. einer weiteren Fortsetzung auf braunschweigischen Gebiete für das erweiterte Gesamtunternehmen aufrecht erhalten werden kann, weil Kleinbahnen in Preußen nur als Verkehrsanstalten für den öffentlichen Verkehr anerkannt sind und Erweiterungen, die über diesen Rahmen hinausgehen, und den Charakter der ersten, bisher als Kleinbahn zugelassenen Anlage grundsätzlich gänzlich

Bern, 4. Februar. Die Vorbesprechungen über das Reichsbudget haben für die Berner Anstalter ein recht unbefriedigendes Ergebnis gehabt. Von den Herren, die sich als die Hauptwortführer in wirtschaftlichen Dingen im Reichstage betrachten, war der schöne Plan ausgenommen worden, die verschiedenen Parteien für ihre Pläne hinsichtlich der Umgestaltung der Reichsbank zu einer rein Staatsbank zu gewinnen. Diese Rechnung ist aber vollständig in die Brüche gegangen, da die Parteien bürgerlich keine Neigung haben, sich in die Abhängigkeit der Reichsbank und Genossen zu begeben. Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß die wenigen rein agrarischen Mitglieder des Reichstages sich eine führende Rolle anmaßen zu können glauben. Wie wenig Axt aber die No-

zu Tage, von wem diese Nachrichten herrührten. Die letzte Nummer der englischen „Army and Gazette“ theilt nämlich mit, daß ein Herr Stidman, verabschiedeter Leutnant der Vereinigten Staaten-Flotte, jetzt seemannijcher Redakteur des „Newport Herald“, sich an Bord des amerikanischen Flaggschiffes vor Manila in der doppelten Eigenschaft als Adjutant (aid) des Geschwaders und als Spezialcorrespondent seiner Zeitung befunden und jetzt in der Februarnummer von „Harper's Magazine“ einen Bericht über die dortigen Vorgänge veröffentlicht habe. Darin behandelt er denn auch das Verhalten der Deutschen in seiner bekannten gehässigen Weise; nach dem erwähnten amtlichen Dementi scheint es jedoch nicht der Mühe werth, darauf einzugehen, nur der theatralisch gehaltenen Salzkünste kurz berührt werden. Alle Verleumdungen der Deutschen habe Admiral Dewey hingehen lassen, bis er erfuhr, daß eins der deutschen Schiffe Broviant in Manila gelandet und dadurch die Neutralität verletzt habe; da habe er allen Verdrießlichkeiten mit einem vernünftigen Schlage ein Ende gemacht. Seinem Flaggleutnant habe er auf dem Quarteck zuerst in lautem Tone den Befehl gegeben, nach dem deutschen Flaggschiffe zu fahren und Admiral von Diederichs in höflicher Weise auf den groben Neutralitätsbruch aufmerksam zu machen, dann aber habe er mit lauter, heftiger Stimme hinzugesetzt: „Sagen Sie Admiral von Diederichs, daß, wenn er ein Gesicht haben will, er es sofort haben kann.“

Vorsichtig schließt Herr Stüdem mit der Frage: ob der Flaggelieutenant die Forderung wohl befehlst und was Admiral v. Dieberichs dazu gesagt habe? Der verehrte Spezialkorrespondent kann ganz ruhig sein; wenn er den ganzen Vorgang nicht frei erfinden hat und der Flaggelieutenant dem deutschen Admiral die naive Aufforderung, auf eigene Hand den Krieg zu beginnen, wirklich überbragt haben sollte, so hätte Herr v. Dieberichs sie nicht ernst genommen. Damit genug; jedoch muß der höchst auffällige Umstand noch hervorgehoben werden, daß der Spezialkorrespondent des leitenden Blattes der berichtigten gelben Presse, welche die Völker in schamloser Weise gegen einander hegt, während des Krieges als Adjutant oder Gefolge des ameritanischen Geschwaderberges gewirkt hat. Angehend hat auch bei diesem kein Geschäft des Aufhegehens ebenso erfolgreich befragt, wie bei der Bevölkerung der Vereinigten Staaten daheim — und die Folgen hätten unter Umständen sehr böse werden können. Was bei der bevorstehenden Friedenskonferenz herauskommen wird, steht dahin; den Krieg und den Gebrauch wirklamer Waffen im Kriege wird sie kaum beseitigen. Das aber steht in ihrer Macht, daß sie die Wiederholung eines solchen Vorganges wie der hier vorliegende, die Verwendung offenkundiger Gehepökel als Berater militärischer Befehlshaber, der zivilisirten Nationen verhindert, indem sie ein solches Verhalten des böswilligen Unfriedensstiftens im Namen aller Kulturvölker schwarz auf weiß für unanständig erklärt, wie jeder redlich denkende Mann es für sich schmeides schon muß.

Best. 3. Februar. Die liberale Partei hält am nächsten Dienstag eine Konferenz ab, in welcher der Ministerpräsident über den Verlauf der Kompromißverhandlungen, die zur Senkung der parlamentarischen Lage gepflogen wurden, berichtet wird. Die Aussichten für den Kompromiß haben sich mittlerweile ungünstiger gestaltet, doch die Opposition derzeit auf dem Standpunkt verharrt, daß dem Kabinett Bannfy Indemnität nicht bewilligt werden könne. Die Opposition will sich vielmehr gegenüber dem eventuellen Nachfolger des Baron Bannfy volle Affizionsfreiheit vorbehalten, so daß der nächste Kabinettswechsel falls er nicht eine der Opposition genehme Persönlichkeit sei, ebenfalls der Gefahr der Obstruktion ausgesetzt wäre und Indemnität nicht erhalten würde. Der den Frieden vermittelnde Abgeordnete Skoloman Zell hofft jedoch, die Minorität auf diesem Standpunkte abbringen zu können. Die von der Opposition formulirten und zwar, wie verlautet, weitgehenden Forderungen werden dem Ministerpräsidenten morgen mitgetheilt werden.

Paris, 3. Februar. Deputirtenkammer. Laſſes (Nationalist) richtete eine Anfrage an die Regierung über die Kauffe in Kupferulphat, welches für die Weinbau so notwendig sei. Der Redner jagt, dieſe Kauffe einem wucherſchen Manöver zu und verlangt die Handhabung des Geſetzes gegen den Börsenwunder. Der Juſtizminiſter Debrét erklärt, er werde eine Unterſuchung anſtellen und erforderlichen Falles das Geſetz in Anwendung bringen. Narbonne beantragt, die Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln. Miniſterpräſident Dupuy verlangt, die Berathung hierüber bis nach der Budgetberatung zu vertagen. Die Kammer ſtimmt dem mit 217 gegen 186 Stimmen zu. Hierauf wurde die Budgetberatung wieder aufgenommen.

Donn. 3. Februar. Deputirtenkammer. Die Diskussion über den Bericht der Wahlprüfungscommission, welcher vorschlägt, einen Sitz in Mailand und einen zweiten in Ravenna wegen Verurtheilung der Deputirten Turati und de Mureis für erledigt zu erklären, wird fortgesetzt. Ministerpräsident Belfour erklärt, er werde die Tagesordnungen, welche eine formelle Aufforderung an die Regierung enthalten, eine Amnestie vorzuschlagen, nicht annehmen. Die Regierung behalte sich vor, dem Könige den passenden Zeitpunkt für einen neuen Akt der Gnade namhaft zu machen, könne aber keinesfalls etwas zu heißen, was als Zwang gedeutet werden könnte. (Zustimmung.) Die Kammer habe das Recht, das Verhalten der Regierung zu kontrolliren, nicht aber die Berechtigung, die Regierung zur Einbringung einer Amnestie zu drängen. Man müsse dem Ministerium überlassen, darüber zu urtheilen, wann der richtige Zeitpunkt gekommen sei, bei dem Könige den Erlass einer zweiten Amnestie zu befrworten. Nach Beendigung der augenblicklichen Diskussion werde er der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegen, wie er ihn zum wirksamsten Schutz der Ordnung und zur Vertheilung der staatlichen Einrichtungen für notwendig erachte. (Sehr gut; Zwischenrufe von der äußeren Bank.) Belfour erwidert die Rede

ner, für die von Niccio eingebrachte Tagesordnung zu stimmen, welche besagt, die Kammer nehme Akt von den Erklärungen der Regierung und erkläre sich mit dem Vorschlag der Wahlsprüfungscommission einverstanden. Der Deputirte Lazzaro beantragt, über die beiden Theile dieser Tagesordnung getrennt abzustimmen. Pelloni sagt, er widerspreche dem nicht, erklärt jedoch, in Betreff beider Theile der Tagesordnung die Vertrauensfrage zu stellen. Giolitti erklärt, er werde für die Tagesordnung Niccio stimmen, da er die Ueberzeugung habe, daß die Regierung bemüht sein werde, die in der Thronrede und den Erklärungen der Minister gegebenen Versprechen zu halten. Sonnino erklärt ebenfalls, dafür stimmen zu wollen, weil er die innere Politik der Regierung billige. (Beifall.) In namentlicher Abstimmung wird darauf der erste Theil der Tagesordnung Niccio mit 244 gegen 65, der zweite mit 220 gegen 50 Stimmen angenommen.

Konstantinopel, 3. Februar. Die französische Botschaft legte Protest ein gegen die Erlaubniß zum Bau von sechs Entrepôts in Haidar-Pascha, die sie mit der Konzeßion zum Bau eines Hafens dazwischen verbinden will. Der Protest des Botschafters stützt sich darauf, daß die Herstellung von sechs Entrepôts angeblich der französischen Nai-Gesellschaft reservirt sei. Einen Erfolg dürfte der Protest kaum haben, da die Majorität der Nai-Gesellschaft unter teuren Umständen auf Haidar-Pascha Bezug haben können.

Die seit Jahren unterbrochen gewesenen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Sultan von Marokko werden demnächst wieder aufgenommen werden. Eine große türkische Gesandtschaft mit dem Obersten Sadik Mehmed Bey an der Spitze begiebt sich Mitte Februar nach Fez und überbringt als Geschenk des Sultans 14 kostbare arabische Pferde, die aus den 90 Pferden ausgewählt worden sind, welche der mächtige Beduinen-Bey Ibn-el-Nejdib als Tribut dem Sultan überhandelt hat, ferner kostbare Waffen und Antiquitäten sowie den höchsten türkischen Hausorden.

Das neue englische Armeegeschöß, das in der Entstehungsschlacht bei Omdurman schon zur Verwendung gelangte, ist nach den neuerdings von Professor Dr. Bruns-Tübingen angestellten Schießversuchen ein ebenso grausames Geschöß, wie das berühmte Dum-Dum-Geschöß, bei dem die Weiterspizze von dem Mantelmantel bloßgelegt war. Die neue mit Gorbittulpor geladene Patrone enthält das aus einem Bleiern und Nickelmantel bestehende Geschöß; sein vorderer konischer Ende trägt einen glühendhissen Hohlraum von 2 Millimeter Weite und 9 Millimeter Länge, der an der Spitze nach außen mündet. Der Hohlraum ist offenbar durch Einfützen in ein Vollmantelgeschöß hergestellt, da die Mündung des Mantels in die Mündung des Hohlraumes umgeben sind und am Boden desselben die angelegte runde Mantelfläche liegt. Bruns hatte ein englisches Lee-Weisfordgewehr und Originalpatronen mit dem new service bullet zur Verfügung. Mit dem ersten Schuß wurde ein lebendes Pferd ins Herz getroffen und sofort getötet; das zeigte sich die ganze Gewand ganz und gar zerfetzt, jedoch eine flache Wunde von 23 Zentimeter Länge und 19 Zentimeter Breite bestand. Die Wundränder waren tiefdad eingegriffen und zerfetzt und allenthalben mit feinsten Geschößfragmenten bedeckt. Größere Geschößtheile und Anschlagöffnung in der Haut wurden nicht gefunden. Die Versuche mit diesem neuen Hohlspitzengeschöß haben ergeben, daß es trotz der Höhlung in der Spitze in ballistischer Beziehung den Geschossen der 8 Millimeter Kaliberrunde nicht nachsteht. Vermöge der Höhlung in der Spitze ist es leichter deformierbar als das Vollmantelgeschöß, aber wegen der Verleisung der Spitze durch den Mantel weniger leicht deformierbar als das Dum-Dum-Geschöß. Daher sind alle Verletzungen aus der Nähe von schwerer als durch Vollmantelgeschosse. Unvergleichbar schwer sind die Verletzungen bei Schüssen in flüssigkeitsgefüllte Hohlorgane, in denen eine ganz gewaltige Sprengwirkung mit Zerrümmerung des Geschosses zu Stande kommt. Die Schießversuche haben dann weiter ergeben, daß die größere Verwundungsfähigkeit der Hohlspitzengeschosse bei Weichheitsföhlen nur bis auf eine Entfernung von etwa 400 Metern, bei Knochen-schüssen bis etwa 600 Meter reicht, wo sie den der Vollmantelgeschosse gleichkommt. Die Geschößfrage steht mit der Frage der noch weiteren Verminderung des Kalibers in unmittelbarem Zusammenhang, aber hoffentlich wird es doch noch Mittel und Wege geben, solche aller Humanitätshohnsprechenden Geschosse, wie die Dum-Dum- und die Hohlspitzengeschosse, es sind, aus der Kriegsführung auszuschließen.

Kiel, 3. Februar. Der kleine Kreuzer "Gazelle" und das Divisionsstorbepboot "D 10" haben in dieser Woche ihre Probefahrten fortgesetzt. Das Kanonenboot "Alis" beendet seine Ausrüstung für die in den nächsten Tagen stattfindende Ausreise von Kiel nach Ostafrika, woselbst das Fahrzeug dauernd stationirt bleiben wird, während seine Besatzung, mit jährlicher Ablösung einer Hälfte, alle zwei Jahre wechselt.

Algier, 3. Februar. Die deutschen Kriegsschiffe „Charlotte“ und „Stoß“ liefen, von Drau kommend, heute Nachmittag in den hiesigen Hafen ein und wechselten den üblichen Salut.

Samburg. 3. Februar. Am Sonntag findet hier eine große Versammlung der Schauerleute statt, um nochmals zu dem Arbeitsnachweis der Stauer Stellung zu neigen; und die Gewerführer, Schiffseigner werden in diesem an diesem Tage anberaumten Versammlung sich mit dem Arbeitsnachweis beschäftigen. 600 Schauerleute sollen bereits auf dem Arbeitsnachweis sich stellen gelöst haben; die Ruhe wird hier nirgends gestört.

